

Meinung

Energiekosten

Horrende Aufpreise

JOCHEN KNOBLACH

Hilfe lässt man sich üblicherweise nicht bezahlen. Tut man es doch, ist das mindestens dreist. Auf die Berliner Gasag trifft das zu. Denn wer den Dienst des Grundversorgers nutzt, weil der bisherige Gasanbieter abgesprungen ist, muss für die Ersatzlieferung einen horrenden Aufpreis zahlen. Für die Gasag ist das okay. Das Unternehmen begründet diesen Neukundentarif mit dem Schutz der Stammkundschaft vor höheren Preisen. Schließlich müsse das zusätzlich benötigte Gas jetzt zu extrem gestiegenen Preisen nachgekauft werden. Und die Gasag betont, ihr unternehmerisches Risiko reduzieren zu müssen, wofür sich das Verständnis jedoch in Grenzen hält. Immerhin haben die Eigentümer Eon und Vattenfall zuletzt mehrere Milliarden Euro Gewinn eingefahren. Da sollte man seiner gesetzlich zugeschriebenen Helferrolle als regionaler Marktführer und Grundversorger gerecht werden können.

Allerdings springt der Grundversorger derzeit vor allem deshalb ein, weil bei der Konkurrenz das Geschäftsmodell versagt hat. Das besteht darin, Energie zu günstigen Tagespreisen zu kaufen, die es aber seit Monaten nicht mehr gibt. Die Preise explodieren, die Anbieter ziehen sich zurück. Wette verloren. Strom und Gas gibt es beim Grundversorger. Viel Glück. Sympathischer ist das auch nicht.

Tatsächlich ist Grundversorgung kein Recht auf billig. Discounterkunden müssen mit der Lage umgehend und können sich auf dem Markt eine günstigere Alternative zum Grundversorger suchen. Wirklich dramatisch sind die Energiekosten inodes für Haushalte, die diese von ihren Hartz-IV-Bezügen begleichen müssen. Monatlich 36,44 Euro sieht der Satz für Strom vor, was schon längst nicht reicht. Der Fehlbetrag ist so groß wie noch nie und muss an anderer Stelle eingespart werden. Das ist ein Problem.

Kasachstan

Pakt mit korrupten Eliten

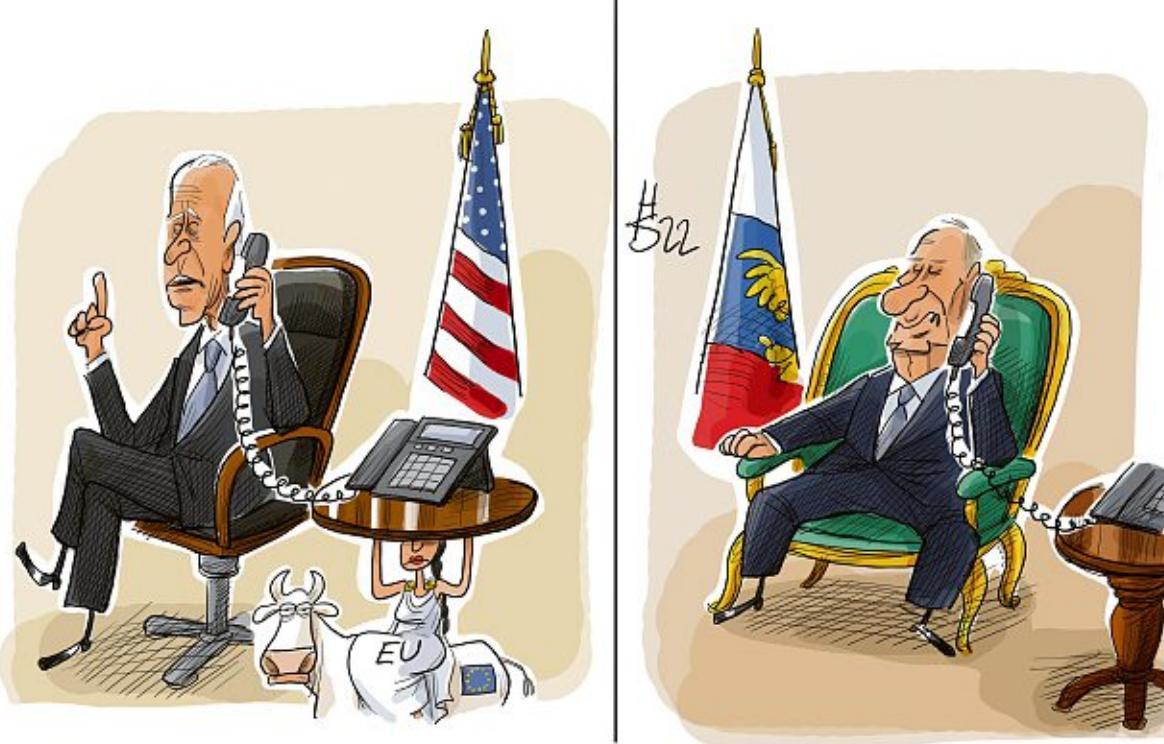
MICHAEL MAIER

Die „Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit“ (OVKS) ist, da sind sich die Beobachter einig, kein neuer „Warschauer Pakt“. Dazu fehle es den Mitgliedsstaaten an militärischen Kapazitäten, die sie außerhalb des eigenen Territoriums einsetzen könnten. Doch zeigt der Einsatz der von Russland geführten Allianz, dass sich weltweit Staaten zusammenschließen, um ihre Interessen auf militärischer Ebene durchzusetzen oder zu sichern. Im Westen war es nach dem 11. September 2001 die „Allianz gegen den Terror“, mit der sogar der Nato-Bündnisfall aktiviert wurde.

Auch die kasachische Führung beruft sich nun bei ihrem harten Vorgehen gegen Demonstranten darauf, dass es sich um „Terroristen“ handle. Diese müssen sofort getötet werden, wie es der kasachische Staatspräsident am Wochenende in einem Tweet forderte. Konkret erließ Tokajew auch gleich einen Schießbefehl gegen die eigenen Bürger.

Für die Bevölkerung ist die Entwicklung besonders bitter: Es gibt in dem Land nicht einmal ansatzweise demokratische Strukturen. Eine korrupte Machtelite profitiert schamlos von den reichen Rohstoffvorräten. Die wichtigsten Partner der Machthaber – Russland und China – haben kein Interesse an Bürgerrechten.

Und auch der Westen wird den kasachischen Bürgern nicht helfen: Seit Jahrzehnten paktieren westliche Konzerne und Banken mit den Geschäftsmachern an der Spitze des Landes. Um den ungestörten Betrieb sicherzustellen, setzen multinationale Konzerne, speziell aus der Erdölbranche, seit Jahrzehnten auf Gewalt. Die OVKS wird daher nicht Frieden bringen. Sie wird für „stabile Verhältnisse“ sorgen: Der Status Quo der Ausbeutung und der Missachtung der Menschenrechte wird zementiert.



Ukraine-Gespräche NUR unter EU-Beteiligung!

BERLINER ZEITUNG/HEIKO SAKURAI

Zitat

„Ich bin Russin. Ich kenne die Schwermut, oder sagen wir eine gewisse Melancholie. Das russische Volk hat gelernt auszuhalten. Ich glaube, dass diese Schwermut damit zu tun hat. Mit diesem Aushalten, egal, wie hart die Zeiten sind.“

Palina Rojinski, Schauspielerin und Unternehmerin, in der Süddeutschen Zeitung

Auslese

Macrons Ehrgeiz

In *El Mundo* aus Madrid heißt es zu Frankreichs Präsident Emmanuel Macron: „Im April steht in Frankreich die Präsidentschaftswahl an, vor der der euroskeptische Populismus an Stärke gewinnt. Was Macron nicht abgesprochen werden kann, ist Vision, Klarheit und die Entschlossenheit, die den Kontinent prägenden liberal-demokratischen Werte gegen Extremismen aller Art in Stellung zu bringen. Aber auch ein noch so zielgerichteter Ehrgeiz garantiert nicht den Erfolg. Mit der Verschärfung der Gesundheitspolitik – dieser Ankündigung, Ungeimpfte nerven, zu wollen – will Macron das Verweigerungsproblem angehen. Damit zieht er eine Linie im Boden, hinter der er alle irrationalen Populisten in einen Topf werfen will, damit sich die gemäßigten Mehrheit auf seine Seite schlägt ... Es ist nicht so, dass er nicht Recht hätte: Aber in der Politik muss man auch Recht bekommen. Und vor allem ist es ratsam, keine Gräben auszuheben, die einen bleibenden Bruch in der Gesellschaft verursachen.“

Nepszava aus Budapest schreibt, Macron wolle „die Präsidentenwahl zu einer Art Referendum machen, in dem er eindeutig die Mehrheit jener repräsentiert, die für Impfungen sind – beziehungsweise in der Europas Zukunft nicht mehr zentrales Wahlkampfthema ist, anders als 2017. Zugleich würde er die Präsidentschaftskandidatin der Republikaner, Valérie Pécresse, in eine unangenehme Situation bringen ... Die Republikaner sind sich nämlich hinsichtlich der Verschärfung der Maßnahmen für Ungeimpfte untereinander nicht einig.“ (pi.)

Corona-Strategie

Neue Töne des Senats



ELMAR SCHÜTZE

hoher Ziel, doch es wird geboostert, was die Kanülen hergeben.

Berlin-Neuling Ulrike Gote, als Gesundheitssenatorin quasi Ober-Einheitscherin in Sachen Corona, tritt betont nüchtern auf. In ihren ersten Tagen im Amt besucht sie Orte, an denen geimpft wird. Dabei erklärt sie unermüdlich das, was jetzt kommen wird – und klingt es noch so widersprüchlich: Es braucht verkürzte Quarantäne-Zeiten, weil sonst das halbe Land als Kontakt Personen ewig ausfiele und damit automatisch das Leben zum Erliegen kommen würde, ohne dass es viele ernsthafte Krankheitsfälle gäbe. Gleichzeitig aber braucht man dennoch scharfe Regeln in Restaurants, um Omikron vielleicht doch noch auszubremsen.

Das liegt sicher in erster Linie daran, dass sich das gesamte Land – und auch dessen Hauptstadt – in einem ganz anderen Stadium der Pandemie befinden. Zwar breitete sich die Omikron-Welle rasant aus, doch die Variante scheint seltener zu schweren Krankheitsverläufen zu führen. Zum Beispiel in Berlin sind Krankenhäuser und auch deren Intensivstationen weit davon entfernt zusammenzubrechen. Gleichzeitig hat auch die Impfkampagne noch neuen Schwung erhalten. Zwar bleibt eine Quote von 80 Prozent zum Monatsende ein sehr

Manche nennen das „vor die Welle kommen“, der Krise nicht nur aktiv begegnen, sondern sie durch gezielte Eingriffe zu steuern. Andere nennen das Aktionismus.

Schwerer einschätzbar ist in Corona-Fragen noch Franziska Giffey. Die manchmal schrille Düsternis ihres Vorgängers steht der neuen Regierenden Bürgermeisterin jedenfalls überhaupt nicht. Giffey ist Optimistin, und sie ist dabei bedächtiger, als es Müller oft war. Als sie vor einigen Tagen sagte, sie sei gegen eine Quarantäneverkürzung, sagte sie dies vor dem Hintergrund einer (noch) stabilen kritischen Infrastruktur: Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Polizeistationen, Feuerwachen, Wasserwerke – all diese Institutionen und noch viele andere mehr seien arbeitsbereit, so lange die Ausfallquote unter 30 Prozent liege. Und von dieser Marge sei man weit entfernt. So lange das so sei, so Giffey, brauche es keine Änderungen.

Wie groß der Unterschied zwischen Franziska Giffey und Michael Müller bei der Corona-Bewältigung ist, zeigte sich schön nach der Ministerpräsidentenkonferenz am Freitag. Während Müller sich seinerzeit oft über das Kanzleramt oder überhaupt die Bundesebene ärgerte, weil diese wirklichkeitsfremd die Bedürfnisse der Bundesländer ignorieren, steht Giffey fest zum Bundeskanzler. Sie kennt Olaf Scholz aus gemeinsamen Regierungszeiten, schätzt ihn über die Maßen, steht ihm zur Seite, schützt ihn.

Scholz habe „stringente Führung“ bewiesen, „gute Vorbereitung“ geleistet, sagte Giffey am Freitag. Nun ja. Tatsächlich ist es dem Kanzler nicht ansatzweise gelungen, eine einheitliche Linie zwischen den Ländern zu moderieren. So viel Uneinigkeit war selten.

Mal sehen, wie lange Gote ihre nüchterne Art und Giffey ihre unbedingte Loyalität zu Scholz durchhalten werden. Schließlich haben sich auch Kalayci und Müller nieträumen lassen, dass Corona ihr politisches Handeln so lange und so durchdringend dominieren würde.

Kolumnen

Meine reichen Freunde

MIRAY CALISKAN

M eine Familie hatte nie viel Geld. Umso mehr verwirrte es mich in meiner Schulzeit in Mannheim, dass ich umringt war von Mitschülerinnen und Mitschülern aus wohlhabenden deutschen Familien – oder zumindest aus der sogenannten oberen Mittelschicht. Sie lebten in Maisonetts-Wohnungen in ruhigen, grünen Stadtteilen, oder in großen Villen mit Schwimmbad im Keller und Jacuzzi im Garten.

Ich habe mich jedes Mal aufs Neue wie Alice im Wunderland gefühlt, wenn ich zum Übernachten oder zu einer großen Geburtstagsfeier in eine dieser Bleiben eingeladen wurde. Alle meine Freundinnen hatten ein eigenes Zimmer, mit einem Fernseher, Computer, mit Regalen voller Bücher und Schränken voller Klamotten, Taschen, Schuhe, Schmuck. Ich dagegen? Musste mein Zimmer, den Kleiderschrank, die Regale mit meiner neun Jahre älteren Schwester sowie meinem sechs Jahre älteren Bruder teilen – bis zum meinem 14. oder 15. Lebensjahr.

Meine Familie wohnt seit mehr als 40 Jahren in einer Drei-Zimmer-Wohnung in der Mannheimer Innenstadt. Als ich noch klein war, gingen wir mitunter auf Besichtigungstermine für eine größere Wohnung – aber meine Eltern entschieden sich stets gegen einen Umzug. Das hatte natürlich auch mit unserer finanziellen Situation zu tun.

Meine Mama war Hausfrau und mein Papa selbstständig, führte ein Reisebüro, und war so gut wie nie zu Hause, weil er so

viel arbeiten musste. Über unser Leben zu klagen ist Jammern auf hohem Niveau, das ist mir bewusst. Wir hatten immer einen gut gefüllten Kühlschrank, wir machten jeden Sommer Urlaub in unserem Ferienhaus am Mittelmeer, ich bekam auch Taschengeld, und ja, ich durfte mir einmal im Jahr teure und ausgefallene Converse-Schuhe aussuchen, die meinem Papa zwar nicht gefielen, aber die er mit Freude bezahlte.

Aber ein Auslandsaufenthalt, privat bezahlt, zum Beispiel in den USA, wie ihn einige meiner Freunde in der neunten Klasse machten? Oder Führerschein mit 15, die Kosten übernommen von den Eltern? So etwas kam für mich einfach nicht infrage.

Die verwirrendsten Erfahrungen machte ich zu meiner Schulzeit auf „Sweet Sixteen“-Partys. Eine meiner deutschen Mitschülerinnen bekam zu ihrem 16. Geburtstag tatsächlich ein knallig-rotes Auto mit einer Schleife geschenkt, das werde ich mein Leben lang nicht vergessen. Andere bekamen zum Abitur die Zugangsdaten zu Konten, auf die ihre Eltern seit ihrer Geburt eingezahlt hatten. 10.000 Euro auf einen Schlag. Und sie durften damit machen, was sie wollten: Auslandsjahr vor dem Studium oder neue Möbel für das WG-Zimmer. Ich frage mich: Sind solche Gaben üblich in deutschen Familien? Ich kenne Konto-Geschenke tatsächlich aus keiner Familie mit Einwanderergeschichte. Sparen Deutsche besser?

War ich neidisch? Ja, natürlich. Aber der Neid klang auch sehr schnell wieder ab. Ich hatte schlichtweg keine finanziellen Erwartungen an meine Eltern. Bei uns lautete die Devise: Willste was, musstest schaffen. Also arbeitete ich als Aushilfskraft und gab mein selbst verdientes Geld zum Beispiel für ein neues Handy, ein Tablet, Bücher und für Kurzreisen mit meinen Freunden aus. Meinen Führerschein machte ich während meines Studiums, das ich mit Bafög finanzierte. Mein Papa half mir in dieser Zeit finanziell aus, wo immer er auch konnte. Dafür bin ich unendlich dankbar. Und immerhin haben meine Eltern, als ich noch bei ihnen wohnte, nie von mir Miete verlangt. Auch das gibt es ja in deutschen Familien. Sehr verwirrend.

Berliner Zeitung

PFLEICHTBLATT DER BÖRSE BERLIN

Herausgeber: Dr. Michael Meier

Redaktionelle: Tobias Müller (VisPD)

Textchef: Bettina Cosack

Reporter: Bettina Cosack, Tobias Müller

Dossier: Anja Reich

Reports:

Politik & Gesellschaft: Christine Dankbar

Welt & Nationen: Dr. Michael Meier

Wirtschaft & Verantwortung: Katharina Brienne

Kultur: Harry Nutt

Lernen & Arbeits: Eva Conio

Gesundheit & Leben: Rolf Schneberger

Sport & Leidenschaft: Christian Kettner (kom.)

Chef Fotoredaktion: Paulus Ponizak

Die für das jeweilige Ressort an einer Stelle genannten sind verantwortliche Redakteure im Sinne des Berliner Pressegesetzes.

Chef Print: Ingo Preißler

Art Direktor: Wiebke Hollersen (kom.)

Chefin Open Source: Wiebke Hollersen (kom.)

Leserbriefen Redaktion: +49 30 63 33 11-457

E-Mail: leser-bb@berliner-verlag.com

Redaktion: BV Berliner Zeitungsgesellschaft GmbH

Geschäftsleitung: Dr. Mirko Schiebelbein

Alte Jakobstr. 105, 10969 Berlin

Verlag: Berliner Verlag GmbH

Geschäftsleitung: Dr. Mirko Schiebelbein, Christoph Stiller

Postadresse: 11509 Berlin. Besucher: Alte Jakobstr. 105, 10969 Berlin

Telefon: +49 30 23 27-9; Fax +49 30 23 27-55 33

Anzeigen: BV Vermarktung GmbH

Geschäftsleitung: Dr. Mirko Schiebelbein, Edzard Maske

Postfach 11 05 06, 10969 Berlin;

Anzeigenannahme: +49 30 23 75 16; Fax +49 30 23 27-66 97

E-Mail: kundenservice@berliner-verlag.com

Traueranzeigen: E-Mail: traueranzeigen@berliner-verlag.com

Es gilt Anzeigenpreisliste gültig seit 1.1.2022.

Druck: BV Berliner Zeitungsdruk GmbH

Geschäftsleitung: Steffen Helmrich, Christoph Stiller

Am Wassenwerk 11, 10365 Berlin,

Internet: www.berlinerzeitungsdruk.de

Leserservice Abo: +49 30 23 27 77; E-Mail: leserservice@berliner-verlag.com

Die Print-Ausgabe und das E-Paper der Berliner Zeitung werden täglich Mo-Fr

sowie als Wochenendausgabe samstags

Mit dem Digital-Abo der Berliner Zeitung erhalten Sie

jederzeit Zugang zu allen Artikeln auf berliner-zzeitung.de.

Alle Angebote und die dazugehörigen Preise finden Sie auf unserer

Internetseite aboshop.berliner-zzeitung.de

Im Falle höherer Gewalt und bei Arbeitskampf (Streik/Aussperrung) besteht

kein Belieferungs- und Entschädigungsanspruch.

Erfüllung und Gerichtsstand Berlin-Mitte.